



Fotos: FREIE WÄHLER Bayern

Ohr am Puls des Volkes

Staatsminister Hubert Aiwanger: „Grüne Ideologie lassen wir nicht zu“



„Aiwanger macht den neuen Franz Josef Strauß.“

(Dr. Peter Ramsauer)

In einem Interview mit dieser Zeitschrift adelte der frühere Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer (CSU) den Bundesvorsitzenden der Freien Wähler und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie sowie Bayerns stellvertretenden Ministerpräsidenten, Hubert Aiwanger, mit den Worten: „Aiwanger macht den neuen Franz Josef Strauß. Er spricht vor allem die Protestwähler an und

verhindert durch seine Politik, dass diese AfD wählen.“

In der Tat: Hubert Aiwanger ist wie der frühere bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß ein Volkstribun. Seine umjubelten öffentlichen Auftritte sind legendär, weil er – wie er über sich selbst sagt – sein Ohr am Puls des Volkes hat. So setzte er auf einer Demonstration gegen Habecks Gebäudeenergiegesetz auf totale

Konfrontation. Die schweigende Mehrheit müsse sich die Demokratie wieder zurückholen und man müsse denen in Berlin sagen: „Ihr habt wohl den Arsch offen da oben.“ Dass ihm ob dieser Aussagen attestiert wurde, er habe eine rote Linie überschritten, werde ihn nicht davon abhalten, Fehlentwicklungen auch mit drastischen Worten anzusprechen, so Hubert Aiwangers Antwort auf die gegen ihn gerichteten Vorwürfe.

Auch ein Blick aus der Retrospektive zeigt, dass Hubert Aiwanger sich nie gescheut hat, gegen den Strich zu bürsten. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 positionierte er seine Partei als Protestpartei gegen die Euro-Rettungspolitik. Im Jahr 2014 gab Aiwanger ein Interview, in welchem er im Hinblick auf die Ukraine-Krise sich dagegen wandte, „mit dem Finger nur auf Russland zu zeigen“. Beide Seiten hätten „Dreck am Stecken“.

Auch zum Verbot des Verbrennungsmotors ab 2035 hat Hubert Aiwanger eine eindeutige Haltung: Das Verbot habe nicht das Ziel, den Verkehr zu dekarbonisieren, sondern vielfach ginge es den „Ideologen“ darum, „das Auto komplett abzuschaffen und jegliche individuelle Mobilität zu verhindern“.

Als Pläne der Deutschen Gesellschaft für Ernährung bekannt wurden, aus gesundheitlichen und nachhaltigen Gründen Empfehlungen für den Fleischkonsum anzupassen und für eine „pflanzenbetonte Ernährung mit geringem Fleischverzehr“ zu werben, kommentierte Aiwanger: „Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung sollte in die Deutsche Gesellschaft für Mangelernährung umbenannt werden.“

„Originalton Aiwanger: „Wollt ihr uns aushungern, wie nach dem Krieg?“

Dass derartige Aussagen bei den Linksparteien und großen Teilen der Medien Widerspruch beziehungsweise die üblichen Verdächtigungen hervorrufen, überrascht nicht. Populismus und AfD-Rhetorik sind noch die harmlosesten Umschreibungen, wenn es gilt, Aiwangers Debattenkultur zu kompromittieren.

Aber auch mit Vorwürfen, die ihn in die Nazi-Ecke drängen, muss Hubert Aiwanger leben. So geschehen im August 2023, indem die Süddeutsche Zeitung über ein Flugblatt mit rechts-extremen und antisemitischen Inhalten berichtete, das Hubert Aiwanger als Jugendlicher verfasst haben sollte. Inzwischen steht fest, dass nicht der bayerische Staatsminister, sondern sein Bruder Verfasser des Flugblattes war, der nach eigenen Worten mit der „stark überspitzten Form der Satire“ linksradikale Lehrer „so richtig auf die Palme bringen wollte“.

Die Flugblattdaffäre entwickelte sich für die beteiligten Protagonisten aus Medien und Politik zum Bumerang. Nach Bekanntwerden der SZ-Affäre legten die Freien Wähler in Umfragen stark zu und Aiwanger gewann bei den anschließenden Landtagswahlen am 08. Oktober 2023 ein Direktmandat mit 37,2 Prozent der Erststimmen.

Ob und wie Hubert Aiwanger seine Partei auch auf Bundesebene positionieren will und wie er die künftige politische Gemengelage thematisch für sich einzuordnen gedenkt, erläuterte der stellvertretende bayerische Ministerpräsident in einem Gespräch mit Janina Schäfer.



„Das Verbot hat nicht das Ziel, den Verkehr zu dekarbonisieren, sondern vielfach geht es den ‚Ideologen‘ darum, ‚das Auto komplett abzuschaffen und jegliche individuelle Mobilität zu verhindern‘.“

(Hubert Aiwanger zum Verbot des Verbrennermotors ab 2035)



„Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung sollte in die Deutsche Gesellschaft für Mangelernährung umbenannt werden.“



„Die illegale Einwanderung darf so nicht weitergehen. Wer hier Fehlentwicklungen kritisiert, darf nicht einfach in die rechte Ecke gestellt werden.“

„Die grüne Ideologie und das Versagen der anderen Parteien bei wichtigen Themen wie der Zuwanderung hat das Land tief gespalten und radikale Parteien gestärkt.“

? Herr Staatsminister, werden die FREIEN WÄHLER mit Hubert Aiwanger als Spitzenkandidat bei der nächsten Bundestagswahl antreten?

Hubert Aiwanger: Das ist noch nicht entschieden. Die FREIEN WÄHLER werden zu gegebener Zeit viele gute Vertreter für Berlin bestimmen. Mit der Ampel steuern wir sehenden Auges auf das Unheil zu – das müssen wir verhindern.

? Maaßens WerteUnion und das Bündnis Deutschland positionieren sich zwischen CDU und AfD, werben also in gewisser Weise um das gleiche Wählerpotential wie Ihre Partei. Beunruhigt es Sie nicht mit Blick auf die Fünf-Prozent-Hürde, wenn drei Parteien im selben Teich fischen?

Hubert Aiwanger: Wir sind die liberal-wertkonservative Mitte, die ideologiefrei nach vernünftigen Lösungen sucht. Wir lassen uns nicht in Nischen zwischen verschiedenen Parteien einsortieren.

? Sollten Sie den Einzug in den Deutschen Bundestag schaffen, haben Sie Koalitionspräferenzen?

Hubert Aiwanger: Wir streben ein bürgerliches Regierungsbündnis ohne die Grünen an. Im besten Fall mit CDU und FDP, falls diese wieder zu sich und den Bürgern findet und im nächsten Bundestag vertreten sein wird. Die grüne Ideologie und das Versagen der anderen Parteien bei wichtigen Themen wie der Zuwanderung hat das Land tief gespalten und radikale Parteien gestärkt.

? Werden auch Sie, wie die CDU, eine sogenannte Brandmauer aufbauen? Wenn ja, zu welcher Partei?

Hubert Aiwanger: Beim Bundesparteitag im Februar 2024 haben die FREIEN WÄHLER einen Antrag, der eine Zusammenarbeit mit extremen politischen Kräften im linken und rechten Spektrum ausschließt, einstimmig gefasst. Dieser Antrag bestätigt die strikte Abgrenzung gegen die extremen politischen Ränder, die bei uns FREIEN WÄHLERN seit Jahren gelebte Praxis ist. Wir stehen für eine starke demokratische Mitte und eine Abgrenzung gegen rechts außen und links außen sowie gegen religiösen Extremismus.

? Halten Sie es für denkbar oder rechnen Sie sogar damit, dass Ihre Partei durch den politischen Gegner beziehungsweise von großen Teilen der Qualitätsmedien in die rechte Ecke gedrängt und mit brauner Tunke übergossen

wird? Die Verleumdungskampagne der Süddeutschen Zeitung gegen Sie gibt ja so etwas wie einen kleinen Vorgeschmack...

Hubert Aiwanger: Ich glaube, zur Süddeutschen Zeitung ist alles gesagt. Aber die von Ihnen angesprochenen deutschen Medien lassen sich mit Sicherheit nicht alle über einen Kamm scheren. Ich habe großen Respekt vor guter und fairer journalistischer Arbeit.

? Apropos Vorgeschmack: Dem ehemaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel wird nachgesagt, dass er „alles dafür tun werde“, dass Hubert Aiwanger nicht in den Bundestag kommt und Michel Friedman sagt, Sie hätten AfD-Niveau und würden Gift verspritzen. Lassen Sie solche Angriffe kalt?

Hubert Aiwanger: Diese peinliche Eifersüchtelei der CSU erleben wir schon seit Jahren. Auch im Sommer 2023, vor der Landtagswahl, hat die CSU händeringend versucht, Veranstaltungen mit mir als Redner zu hintertreiben, indem auf Veranstalter eingewirkt wurde, mich auszuladen. Einige in der CSU, zum Beispiel auch deren Ehrenvorsitzender Waigel, haben immer noch nicht verstanden, dass ohne starke FREIE WÄHLER auch in Bayern die Grünen mit an der Regierung wären und unter anderem das Landwirtschaftsministerium in grüner Hand wäre, vielleicht auch wie in Berlin das Wirtschaftsministerium. Die CSU sollte endlich gemeinsam mit uns vorausschauen und an einer gemeinsamen möglichst stark bürgerlich geprägten Regierung in Berlin arbeiten, wo wir die Grünen aus der Regierung rausbekommen müssen. Und bezüglich der Arbeitsleistung soll jeder CSU-Minister und Funktionär, der mich kritisiert, selbst in den Spiegel schauen und diejenigen fragen, die mich einladen.

? Laut *focus.de* haben Sie Ihr Ziel für die Bundestagswahl klar definiert: „Wir stehen für eine ehrliche, bürgernahe Politik für unser Land und wollen retten, was noch zu retten ist.“ Was oder wen wollen Sie retten?

Hubert Aiwanger: Unsere Heimat, den Wohlstand, die Wirtschaft, das über Generationen hart erarbeitete Familieneigentum... Wir FREIE WÄHLER packen die Themen pragmatisch an, die den Menschen wirklich auf den Nägeln brennen. Wir haben konkret politisch geliefert – beispielsweise die ruinösen Straßenausbaubeiträge in Bayern genauso abgeschafft wie die Studiengebühren, die Gebühren für Kindergärten und Krippen gesenkt sowie das neunjährige Gymnasium wieder eingeführt. Wir kämpfen aktuell für die Abschaffung der Erbschaftssteuer und eine Reform des Bürgergeldes, so dass junge Ar-

beitsfähige wieder zur Aufnahme einer Arbeit gebracht werden sollen – auch Zuwanderer. Andernfalls stürzt unser Land in gesellschaftlichen Unfrieden. Die illegale Einwanderung darf so nicht weitergehen. Wer hier Fehlentwicklungen kritisiert, darf nicht einfach in die rechte Ecke gestellt werden. Wir brauchen bezahlbare Energiepreise. In Bayern treiben wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien mit Vernunft und Bürgerbeteiligung voran und machen Bayern zum Wasserstoff-Land Nummer 1 in Deutschland. Wir wollen unsere Gesundheitsversorgung absichern, Krankenhausschließungen und den drohenden Pflegenotstand verhindern. Landwirtschaft und Handwerk sind bei uns im Mittelpunkt der Politik, grüne Ideologie lassen wir nicht zu. Wir stehen zu Familien und Brauchtum. Eigentum und Leistung müssen wieder politisch unterstützt werden, die Leistungsträger und die arbeitende Bevölkerung dürfen sich nicht zunehmend veräppelt fühlen. Die vernünftigen Menschen brauchen eine politische Heimat in Deutschland: Das sind die FREIEN WÄHLER – ideologiefrei und pragmatisch.

? Sie wollen laut **focus.de** vor allem die Bündnisgrünen aus der Regierungsverantwortung drängen. Ist das nicht Wunschdenken, zumal der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz sich auch bereits eine Option für Schwarz-Grün offengehalten hat?

Hubert Aiwanger: Ja, es ist mir völlig unverständlich, dass sich die Union den Grünen an den Hals wirft, anstatt das klare Ziel zu formulieren, eine bürgerliche Regierung ohne die Grünen zu bekommen. Das ist das erklärte Ziel der FREIEN WÄHLER. Siehe Bayern. Zu Jahresbeginn 2023 habe ich den Wunsch formuliert, bei der Landtagswahl vor den Grünen zu landen. Unsere Politik des gesunden Menschenverstands hat sich durchgesetzt: Nach der Landtagswahl sind die FREIEN WÄHLER mit 15,8 Prozent zweitstärkste Kraft im Bayerischen Landtag. Wahrscheinlich beginnt vieles im Leben mit Wunschdenken.

? Bekanntermaßen hat Deutschland kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Wie wollen die FREIEN WÄHLER als Mitglied des Deutschen Bundestages verhindern, dass zum Beispiel 600 Millionen Euro Entwicklungshilfe an die Supermacht China gezahlt und 200 Millionen Euro für die Umsetzung der Klimaziele in Kolumbien ausgegeben werden? 315 Millionen Euro gehen für den Ausbau des Radwegenetzes in Peru, 184 Millionen Euro für die Korruptionsbekämpfung in Serbien, 100 Millionen Euro für eine sozialverträgliche Energiewende in Senegal und vier Milliarden Euro für „grüne Energie“ in Afrika. Wir reden von insgesamt ca. 43 Milliarden Euro.



Hubert Aiwanger: Wir stellen auf den Prüfstand, was es wirklich braucht und wobei es sich um unnötige Prestigeprojekte handelt. Das Geld Millionen deutscher Steuerzahler muss sinnvoll und zielführend ausgegeben werden und jede nicht essenzielle Ausgabe überdacht werden – das sind wir der arbeitenden Bevölkerung schlicht und einfach schuldig.

? Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die innere Sicherheit in Deutschland zu stärken, aber gleichzeitig die Freiheitsrechte der Menschen zu gewährleisten?

Hubert Aiwanger: Freiheit, Eigenverantwortung und Sicherheit sind wichtige Säulen, die unsere Gesellschaft in Zeiten wachsender Unsicherheit stützen. Sicherheit und Freiheit bedingen einander und sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Denn die innere Sicherheit garantiert Rechtsstaat und Demokratie. Wir FREIE WÄHLER stehen zu unseren Sicherheits-Institutionen wie Polizei, Bundeswehr oder Katastrophenschutz. Die unkontrollierte Zuwanderung und das Beschönigen der Fehlentwicklungen haben die Innere Sicherheit in Deutschland verschlechtert. Gerade mit Blick auf die Europawahl 2024 gilt es festzuhalten, wie wichtig es ist, dass wir uns auf EU-Ebene auf die Sicherung von Frieden, Wohlstand und Sicherheit konzentrieren müssen. Um die völlig überlasteten Kommunen in Deutschland nachhaltig zu entlasten, müssen die EU-Außengrenzen besser gesichert werden. Kriminelle Einwanderer müssen abgeschoben werden.

? Einige Stichworte: Unkontrollierte Zuwanderung seit Merkels „Wir schaffen das“, Erleichterung bei der Einbürgerung durch Doppelpass, Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Ihre Position?

„Landwirtschaft und Handwerk sind bei uns im Mittelpunkt der Politik, grüne Ideologie lassen wir nicht zu.“



„Sicherheit und Freiheit bedingen einander und sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.“



„Weil verträumte Grüne und eine vollkommen beratungsresistente Innenministerin nicht konsequent handeln, werden unsere Kommunen immer stärker belastet.“



Mit Hubert Aiwanger sprach Janina Schäfer.

Hubert Aiwanger: Zur Zeit von Merkel wurden gravierende Fehler gemacht und, noch schlimmer, die Ampel hat die Fehler der Merkel-Regierung bei der Zuwanderung nicht nur fortgesetzt, sondern verschlimmert. Es ist ein Fehler, Asylbewerbern weiterhin so viel Bargeld auszubezahlen, anstatt weitgehend auf das Sachleistungsprinzip zu setzen. Viele Migranten kommen nach Deutschland auch wegen der hohen Bargeldleistung, um Geld nach Hause überweisen zu können. Bayern nimmt mit der Einführung der Bezahlkarte für Zuwanderer eine Vorbildrolle für ganz Deutschland ein. Es spricht zudem Bände, dass in Deutschland im Vergleich deutlich weniger Geflüchtete aus der Ukraine arbeiten als in anderen EU-Ländern. Da läuft etwas bei uns falsch. Deshalb sollten auch Ukraine-Flüchtlinge nicht sofort das Bürgergeld bekommen. Außerdem funktioniert das Schengener Abkommen nicht richtig. Der Großteil der Migranten in die Sozialsysteme kommt unkontrolliert und unregistriert an den deutschen Grenzen an. Für einen einheitlichen Raum ohne Kontrollen an den Binnengrenzen, wie es der Schengen Raum sein soll, ist eine gemeinsame Politik für den Schutz der Außengrenzen dringend erforderlich. Das müssen Berlin und Brüssel endlich erkennen.

Weil verträumte Grüne und eine vollkommen beratungsresistente Innenministerin nicht konsequent handeln, werden unsere Kommunen immer stärker belastet. Beruhigungspillen wie das Rückführungsverbesserungsgesetz – bei dem wir über etwa 600 Ausweisungen im Jahr sprechen – helfen nicht mehr weiter.

? Werden Sie als FREIE WÄHLER auch das Thema „Abwanderung aus Deutschland“ thematisieren – also eine Debatte über den geistigen Aderlass zu führen, der von einer sechsstelligen Zahl gut ausgebildeter und leistungsbereiter junger Menschen ausgeht, die der deutschen Bürokratie und einer chaotischen Politik den Rücken kehren?

Hubert Aiwanger: Ein großes Problem ist derzeit, dass sehr viele Qualifizierte Deutschland verlassen. Das liegt an überhöhten Einkommensteuertarifen und der ungerechten, teils massiv gestiegenen Erbschaftssteuer, die Betriebsübergaben immer öfter unmöglich macht. Wir sollten uns zunächst darum kümmern, dass die, die schon hier sind, uns nicht davonlaufen oder ihre Betriebe aufgrund von Steuervorteilen ins Ausland verlagern. Wenn wir das schaffen, wird Deutschland für ausländische Fachkräfte automatisch attraktiver. Außerdem brauchen wir eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Qualifizierung statt Bürgergeld für junge Arbeitsfähige und qualifizierte Zuwanderung. Und: Die FREIEN WÄHLER konnten mehr Berufspraxis in Bayerns Schulen in der vergangenen Legislaturperiode durchsetzen. Wir wollen die praktischen Berufsbilder noch mehr stärken und haben dazu den Meisterbonus auf 3000 Euro erhöht.

? Ihre Haltung zum Ukraine-Russland-Krieg? Halten Sie die Waffenlieferungen an die Ukraine für sinnstiftend oder präferieren Sie einen anderen Weg, den Deutschland in dieser Frage gehen sollte?

Hubert Aiwanger: Wir dürfen nicht akzeptieren, dass die Ukraine von Russland besetzt wird. Es ist dringend nötig, dass sich die USA, China und Europa mit Russland und der Ukraine zu Gesprächen treffen, mit dem Ziel, den mörderischen Krieg schnell und fair zu beenden. ■

IMPRESSUM

DER SELBSTÄNDIGE/MITTELSTAND DIGITAL
ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundes der Selbständigen, LV NRW, und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e. V.
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede
Tel. (02301) 91 96 8-0, Fax (02301) 91 96 8-29
E-Mail: info@bvmu.de
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Anita Schäfer, Janina Schäfer, Friedhelm Ost

Fotos: Laurence Chaperon, Janina Schäfer, BDS Archiv, FREIE WÄHLER Bayern
Layout: Joachim Schäfer/K6 Medien
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Dortmund
Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zur BVMU/zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben bei der BVMU e. V. und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
BDS/BVMU e. V.
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede
Internet: www.bvmu.de
E-Mail: info@bvmu.de
© by: BDS/BVMU e. V.
Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.